



Presseerklärung 3.11.2014

Hamburger Bündnis für schulische Inklusion

Die Inklusion in Schule und Bildungspolitik ins Zentrum rücken.

Im Oktober 2014 hat sich in Hamburg **das bisher breiteste Bündnis aus 17 Organisationen gebildet, die sich im Bereich der schulischen Inklusion engagieren** – von Elternvereinen zum Thema Behinderungen über die Hamburger Elternkammer, Schulleiterverbände und andere schulpolitische Vereinigungen bis zu den Gewerkschaften.

Das *Hamburger Bündnis für schulische Inklusion* hat ein **Memorandum** erarbeitet mit dem Titel ***Die Inklusion in Schule und Bildungspolitik ins Zentrum rücken.***

Damit will das Bündnis seine Vorstellungen zur schulischen Inklusion in die bildungspolitische Diskussion im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahlen einbringen.

Wie nötig das ist, zeigt das folgende Zitat aus dem *Newsletter der BSB* vom 12.9.14. Dort heißt es:

„Der Ausbau des Hamburger Schulwesens ist so gut wie abgeschlossen, jetzt gilt es, ... die Qualitätsentwicklung an Hamburgs Schulen voranzubringen. Dazu gehören in erster Linie die Entwicklung von besserem ... Mathematikunterricht, die Verbesserung der Rechtschreibung, die Begabtenförderung, die Qualitätsverbesserung der Ganztagsangebote und die Verbesserung der Schulabschlüsse.“

Inklusion kommt in diesem Katalog der Schulbehörde zum Thema Qualitätsentwicklung überhaupt nicht vor. Parallel dazu hat der Schulsenator öffentlich erklärt, dass auch in Zukunft für die schulische Inklusion nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt werden soll.

In dem Memorandum heißt es u.a.:

„Im Oktober 2009 hatte die Hamburger Bürgerschaft einstimmig beschlossen, dass alle Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf das Recht haben, allgemeine Schulen zu besuchen. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für die schulische Inklusion in Hamburg geschaffen.“

Die Entwicklung und Umsetzung schulischer Inklusion ist die mit Abstand größte bildungspolitische Aufgabe unserer Zeit. Sie erfordert ein grundlegend verändertes Verständnis von Schule und eine umfassende Unterrichts- und Schulentwicklung.

Die Inklusion stellt hohe Anforderungen an die Schulen und an die politisch Verantwortlichen.

Von Pädagog/inn/en erfordert sie eine Haltungsänderung und die Erweiterung ihrer pädagogischen und didaktischen Kompetenzen sowie eine gemeinsame zielgerichtete Unterrichtsentwicklung in der ganzen Schule. Ihr Gelingen erfordert die Anstrengung aller Pädagog/inn/en, Mitarbeiter/innen und Eltern vor Ort.

Von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung erwarten wir, dass alles getan wird, um die erforderlichen Rahmenbedingungen herzustellen.

Dazu gehört eine deutliche Erhöhung der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung der schulischen Inklusion in Hamburg.“